

Frage des Tages

Sollen IWB-Stromkunden Propaganda-Material finanzieren müssen?

Basler Strombezüger bezahlten staatliche Abstimmungspropaganda zur Energiewende in der Schweiz. www.baz.ch

Das Ergebnis der Frage vom Samstag:
Ist es sinnvoll, Elternbriefe in Deutsch light einzuführen?

79% Nein (481) 21% Ja (125)



Brutschin erklärt Glarus zum Nachbarkanton

Basler Strombezüger mussten vor Energie-Abstimmung staatliche Propaganda in den Bergkantonen finanzieren

Von Daniel Wahl

Basel/Glarus. Wenn die Energiemissionare aus dem Departement von Christoph Brutschin (SP) unterwegs sind, dann fliegen die Traktate weit. Mitunter sehr weit. Bis in den Kanton Glarus liess der basel-städtische Energieförderfonds, der vom Wirtschaftsdepartement verwaltet wird, sein Propaganda-Material für die Energiewende tragen. Es handelt sich um eine zwölfseitige Zeitung im Tabloid-Format, die zu 85 Prozent von den Basler Strom-Konsumenten finanziert worden ist.

Pikanterweise griffen Brutschin und seine Energie-Jünger exakt zwei Wochen vor dem eidgenössischen Urnengang vom 21. Mai in den Abstimmungskampf zur Energiewende ein. Die Zeitung vom 7. Mai 2017 flatterte in die Briefkästen von insgesamt 800 000 Haushalten, wie der Regierungsrat betätigt – sie sei «gesamtdeutschschweizerisch» erschienen. Wäre solches zugesandte Propaganda-Material ähnlich beliebt bei den Lesern wie die *BaZ*, dann wären rund 1,6 Millionen Schweizer für ein fettes Ja fürs neue Energiegesetz beworben worden.

Auch IWB-Propaganda enthalten

Um den missionarischen Eifer überhaupt gesetzlich rechtfertigen zu können, stützt man sich auf ein Gesetz aus den 70er-Jahren, das es erlaubt, «in Nachbarkantonen für den Atomausstieg zu kämpfen. Mit anderen Worten: Die verantwortlichen «Financiers» dieses Traktats haben selbst Bergkantone wie Glarus zum Nachbarkanton erklärt, wie ein der *BaZ* zugesandtes Beleg-Exemplar zeigt.

Warum Schriftsteller Pedro Lenz («Ich bin ein gläubiger Linker») Ja sagt,



Werbung fürs Energiegesetz. 350 500 Franken zahlten Basler Strombezüger für eine Abstimmungszeitung, wie ein Belegexemplar aus Glarus zeigt. Montage Nino Angiuli

heisst es schon auf der ersten Seite. Wehalb Klimaphysiker Thomas Stocker, die Zürcher SP-Stadtpäsidentin Corine Mauch oder der FDP-Nationalrat Jacques Bourgeois ein Ja einlegen würden, wurde auf weiteren Seiten breitgewalzt. Abstimmungspropaganda ist von der ersten bis zur letzten Seite enthalten. Die erste beginnt mit «Ohne Strategie keine Schweizer Energie»; die letzte endet mit «Energiestrategie Ja, Schweizer Wirtschaft zusammen mit Bundesrat, Parlament und Städten». Dazwischen haben auch die IWB eine Seite Werbung geschaltet und für «100 Prozent erneuerbaren Strom – zuverlässig und bezahlbar» geworben – ironischerweise gerade jener Energie-

versorger, der seinen Kunden in Basel die höchsten Strompreise der Schweiz abknöpft.

Dass die Broschüre überhaupt Propagandamaterial war, versucht Regierungsrat Christoph Brutschin in seiner Antwort auf Anfrage der *BaZ* zu verschleiern. Er schreibt: «Der Zweck des Magazins ist, das Potenzial der neuen erneuerbaren Energien sowie von Energieeffizienz und Energiesparen einfach, sachlich und informativ aufzuzeigen, um darzulegen, dass der Strombedarf der Schweiz auch ohne Kernkraftwerke gedeckt werden kann.»

Zu dieser antiatomaren Sachlichkeit gehören dann aber Aussagen wie jene von Clownin Gardi Hutter, die erklärte:

«Wir können nur unsere Lebensgrundlagen zerstören – und somit uns selber. So blöd sind wir hoffentlich nicht.»

350 500 Franken aus Basel

Die ersten beiden Ausgaben seien auch in einer französischen Übersetzung erschienen. Da es nicht gelang, aus der französischen Schweiz finanzielle Unterstützung für die Übersetzung zu erhalten, wurde bei den letzten vier Ausgaben auf eine französische Ausgabe verzichtet; dafür wurde in der deutschen Schweiz das Verbreitungsgebiet erweitert, so Brutschin. Der Beitrag des Kantons für die letzte Ausgabe im vergangenen Mai betrug 350 500 Franken. Es handelt sich, wie der Broschüre zu entnehmen ist, um «gesetzlich festgelegte Zuschläge auf dem Strompreis».

Im Impressum der Zeitung steht weiter: «Die Behörden des Kantons Basel-Stadt sind gemäss Atomschutzgesetz vom 14. Dezember 1978 verpflichtet, «mit allen ihnen zur Verfügung stehenden rechtlichen und politischen Mitteln darauf hinzuwirken, dass auf dem Kantonsgebiet (Basel) oder in dessen Nachbarschaft keine Atomkraftwerke nach dem Prinzip der Kernspaltung (...) errichtet werden.»

Man beruft sich also auf eine fast drei Jahrzehnte alte Bestimmung zur Bekämpfung von Atomkraftwerken in «Nachbarkantonen», um heute mit Basler Konsumenten-Geldern in weiten Landesteilen für ein Ja zum Energiegesetz werben zu können.

Dieser staatliche Eingriff in die Abstimmungsfreiheit ist zudem heikel. Die Baselbieter Regierung ist mehrfach auf die Nase gefallen, weil sie in den Abstimmungskampf eingegriffen hat.

Zuletzt wurde die Bau- und Umweltschutzdirektorin Sabine Pegoraro gerügt wegen ihrer Beteiligung an der Abstimmung ums Baselbieter Energiegesetz. Zudem ist in unserer Region seit dem Urteil vom 17. Juni 2012 sonnenklar, was erlaubt ist und was nicht: «Unzulässig ist in jedem Fall eine Informationstätigkeit der Behörden, welcher eine propagandistische Wirkung zukommt», sagte das Kantonsgericht.

Und auch der Bund mahnt zur «Zurückhaltung, weil die Stimmberechtigten, Politik, Parteien, Komitees und Gerichte empfindlich auf Informationen reagieren, die sie als Propaganda einschätzen». Selbst das Bundesgericht bezeichnet die Propaganda einer Behörde als unzulässig, wenn sie den Charakter politischer Werbung hat.

Vielleicht die letzte Ausgabe

Der Bundesrat verzichtet unter der heutigen Gesetzgebung aus staatspolitischen, rechtlichen und finanziellen Gründen auf Werbemassnahmen bei Abstimmungen – also auf eine Kommunikation im gekauften Raum. Man mahnt darüber hinaus zur Zurückhaltung, «weil die Gerichte äusserstenfalls Abstimmungen kassieren, falls die Behörden im Abstimmungskampf zu unerlaubten Mitteln gegriffen haben.»

Dass eine Kantonsregierung flächendeckend finanziert mit Staatsgeldern in einen eidgenössischen Abstimmungskampf eingreift, war in dieser Dimension ein Novum. Auf die Frage, ob die Basler Strombezüger weiterhin Propaganda-Material bezahlen müssen, sagt Brutschin: «Es war der siebte und voraussichtlich letzte Beitrag aus dem Förderfonds an das Magazin *Neue Energie für die Schweiz*.»

Operieren unter modernsten Bedingungen

Am Samstag öffnete der sanierte, topmoderne Operationstrakt Ost seine Pforten zum ersten Mal für die Öffentlichkeit

Von Isabelle Hausmann

Basel. Nach sechs Jahren Bauzeit war es am Samstag endlich so weit: Der rundum erneuerte Operationstrakt Ost des Universitätsspitals Basel wurde der Öffentlichkeit zugänglich gemacht. Im Rahmen eines Tages der offenen Tür konnten Besucher ab zwölf Uhr durch den Trakt an der Spitalstrasse flanieren, an Informationstafeln über die Funktionen der neuen Operationssäle lesen oder mit Spitalangestellten sprechen.

Der Stolz in den Stimmen der Spitalangehörigen, die am Samstagmorgen den Medienvertretern ihr neuestes Prachtstück präsentierten, war nicht zu überhören.

Der Neubau des Traktes wurde in zwei Schritten realisiert. Im November 2014 war die erste Etappe des Projekts



Stolz der Chirurgen. Multifunktionaler Saal mit bildgebenden Verfahren erlaubt «Operieren ohne Unterbruch». Foto F. Bärtschiger

abgeschlossen worden, nämlich der Neubau, der sich in den Spitalgarten erstreckt. Von Februar 2015 bis November dieses Jahres wurde der bis anhin bestehende Operationstrakt Ost, ein Gebäude aus den frühen 70er-Jahren, totalsaniert.

Der neue Operationstrakt Ost, der das Klinikum 1 und 2 räumlich verbindet, umfasst 16 Operationssäle, drei mehr als bisher, die mit der neuesten Technik ausgerüstet sind. Nennenswert sind die Hybrid-Operationssäle, vollgepackt mit medizinischer Infrastruktur, die besonders für die Behandlung von Patienten mit schweren Verletzungen und komplexen

Erkrankungen geeignet sind. «Hybrid» heissen sie wegen ihrer Multifunktion: Chirurgen wird es in Zukunft möglich sein, zu operieren und dank bildgebender Verfahren gleichzeitig Eingriffe innerhalb von Gefässen vorzunehmen, ohne die Operation zu unterbrechen.

Fünf Millionen unter dem Budget

Ausserdem sorgen im Saal integrierte und eindimensional verschiebbare Geräte für Computertomografien dafür, dass der Patient während der Operation geröntgt werden kann. Mit diesen simultanen Tätigkeiten können die Ärzte viel Zeit sparen: «Wir sind

stolz, ab März nächsten Jahres hier arbeiten zu dürfen», sagte Luigi Mariani, Chefarzt der Neurochirurgie, als er den Besuchern die topmodernen Säle zeigte.

Neben den Operationssälen, die auf zwei Geschosse verteilt sind, beinhaltet der Trakt einen Aufwachraum, der Platz für 22 Patienten bietet, eine Sterilgut-Versorgungsanlage, von wo aus das gesamte Spital mit sterilen Instrumenten bedient wird, und zudem eine Intensivstation mit 26 Betten. «Die schwerstkranken Patienten werden sofern nötig aus der ganzen Region nach Basel auf die Intensivstation verlegt», sagt Michael Wehrli, Fach-

bereichsleiter Pflege. Der Patient ist hier in einem Drei-Schicht-Betrieb rund um die Uhr überwacht. Dafür brauche es eine intensive Zusammenarbeit innerhalb des Spitalpersonals.

Die Kosten der Erweiterung und Sanierung belaufen sich auf 142 Millionen Franken, welche aber laut Mediensprecher Thomas Pfluger fünf Millionen unter dem vom Verwaltungsrat bewilligten Gesamtbudget liegen.

Werner Kübler, Direktor des Universitätsspitals, sagt über die Bedeutung des neuen Baus, dass mit ihm die interdisziplinäre Arbeit in Zukunft noch weiter an Bedeutung gewinne und sichergestellt werde, dass der Patient die optimale medizinische Versorgung erhalte, sowohl bezüglich des Patientenwohls wie auch bezüglich der Forschung und Weiterentwicklung der Medizin.

ANZEIGE

KODŌ
ONE EARTH TOUR 2018
EVOLUTION

Freitag 16.3.18 Musical Theater Basel
Samstag 17.3.18 Samsung Hall Zürich
So/Mo 18./19.3.18 KKL Luzern

Basler Zeitung telebasel
www.allblues.ch
www.ticketcorner.ch www.actnews.ch

ANZEIGE

BUCHEN SIE JETZT IHREN RENDEZ-VOUS-TISCH

PALAZZO
COLOMBINO

24. NOVEMBER 2017 BIS 7. JANUAR 2018
SPIEGELPALAST BASEL ROSENTALANLAGE
TICKET-HOTLINE: 061 226 90 09
WWW.PALAZZOCOLOMBINO.CH